



Bundesumweltministerium, 11055 Berlin

Mitglieder der SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Carsten Schneider, MdB

Bundesminister

Stresemannstraße 128–130
10117 Berlin

Postanschrift:
11055 Berlin

Tel. +49 30 18 305-2000

maileingang@bmukn.bund.de

www.bundesumweltministerium.de

—
Berlin, 10. November 2025

Seite 1 von 3

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

—
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die EU-Umweltministerinnen und -minister haben sich beim EU-Ministerrat vergangene Woche auf die allgemeine Ausrichtung der Mitgliedstaaten für das Europäische Klimaschutzgesetz verständigt und damit die europäische Position zum Klimazwischenziel für 2040 von 90 % gegenüber 1990 festgelegt. Das zeigt: auf Europa ist Verlass. Darüber hinaus haben wir uns mit der erforderlichen Einstimmigkeit auf unseren gemeinsamen europäischen Klimaschutzbeitrag (NDC) für die COP30 in Belém verständigt (-66,25 % bis -72,5 % gegenüber 1990). Die Bundesregierung hat in den Verhandlungen der letzten Wochen und Tage impulsgebend für ein möglichst fortschrittliches EU-Klimaziel agiert. Die Verhandlungen waren intensiv – die erfolgreiche Einigung ist jetzt ein wichtiges Signal: Die EU bleibt Vorreiterin in der internationalen Klimapolitik. Die Einigung hat Bundeskanzler Merz und mir ein klares Mandat und Unterstützung für die COP30 in Belém gegeben.





Seite 2 von 3

Die Gespräche zum 2040 Ziel und NDC fanden in einem schwierigen politischen Umfeld statt. Umso bedeutsamer ist es, dass wir einen europäischen Kompromiss erreicht haben, der unsere Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt und Brücken baut. Mein Ziel war, das Ambitionsniveau auf europäischer Ebene an das deutsche Ziel anzugeleichen, aus klimapolitischen Gründen und auch im Interesse der deutschen Wirtschaft.

Mir ist wichtig, Arbeitsplätze in der Industrie zu erhalten und zu sichern – mit klaren Rahmenbedingungen und pragmatischen Reformen. Dazu gehören wichtige Anpassungen des Emissionshandels in der Industrie. Ich setze mich dafür ein, dass nach dem Beschluss des 2040-Ziels der Emissionshandel so angepasst wird, dass auch nach 2039 noch Zertifikate in den Markt kommen. Das ist gut für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und mit dem Klimaziel von 90% vereinbar. Eine zweite Initiative betrifft den CO₂-Grenzausgleich (CBAM): Dem Klima ist nicht geholfen, wenn die Industrie aus Europa abwandert und wir Produkte mit hohem CO₂-Fußabdruck importieren. Deshalb setzen wir CBAM um und entwickeln den Grenzausgleich weiter. Funktioniert der Mechanismus nicht wie geplant, sollte die kostenlose Zuteilung entsprechend verlängert werden.

Zugleich ist klar: In den Verhandlungen zum Klimaziel 2040 mussten wir Kompromisse eingehen. Dazu gehört, dass bis zu fünf Prozentpunkte der Minderung in der gesamten EU über die Anrechnung hochwertiger internationaler Zertifikate erreicht werden können. Diese Anrechnung ist schrittweise ab 2036 vorgesehen. Ab 2031 wird ein erster Pilot für einen internationalen Credit Market etabliert. Damit kann die EU frühzeitig die Rahmenbedingungen dieses Marktes mitgestalten. Intensiv verhandelt haben wir auch über den nun um ein Jahr verschobenen Start des Emissionshandels für Gebäude und Verkehr. Deutschland ist mit seinem bestehenden Emissionshandelssystem in diesen Sektoren bereits sehr gut aufgestellt. Das



Seite 3 von 3

ermöglicht einen längeren Übergang zur EU-weiten CO₂-Bepreisung von fossilen Kraft- und Brennstoffen. Andere Mitgliedstaaten benötigen etwas mehr Zeit, um die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Ein weiterer Kompromiss betrifft die Revisionsklausel. Uns war wichtig, dass von den Zielen klare Erwartungen ausgehen. Da insbesondere im Landsektor große Herausforderungen bestehen, kann – für den Fall, dass ein Mitgliedstaat sein Ziel für natürliche Senken nicht erreichen kann – die Kommission im Rahmen einer Revision EU-weite Maßnahmen vorschlagen.

Insgesamt verfügen wir nun mit dem erfolgreichen Beschluss ein klares Mandat, das es Europa ermöglicht, starke und zukunftsgerichtete Impulse in den internationalen Verhandlungen bei der COP30 in Belém zu geben. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir dort den Multilateralismus verteidigen und gemeinsame Lösungen für den globalen Klimaschutz vorantreiben. Eine wichtige Grundlage für unsere internationale Glaubwürdigkeit sind unsere klimapolitischen Fortschritte in Deutschland. Deshalb treiben wir die Energiewende weiter voran und werden in den kommenden Monaten im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Klimaschutzprogramms den klimapolitischen Kompass dieser Bundesregierung festlegen. Die nächsten Schritte auf dem Weg zur im Grundgesetz verankerten Klimaneutralität bis 2045 sind entscheidend – und zugleich eine große ökonomische Chance, die vor uns liegt. Ein klarer Kurs in der Klimapolitik stärkt unsere Wettbewerbsfähigkeit und macht unsere Wirtschaft zukunfts-fest.

Mit freundlichen Grüßen